

07. Feb. 2025

Herr Bialas und
Stadtverordnete der STADT COTTBUS
E. Kästner Platz 1
03046 Cottbus

4. Februar 2025

**Nachfrage im Rahmen der Bürgerbeteiligungssatzung, als Einwohner
von Cottbus, zu meiner Anfrage vom Dezember, Änderung der Verpflichtungserklärung der
Stadtverordneten**

Sehr geehrter Herr Bialas und Stadtverordnete der STADT COTTBUS,

ich erlaube mir nochmal auf meinen Hinweis zur Änderung Ihrer Verpflichtungserklärung im Rahmen der Bürgerbeteiligungssatzung anzuschließen.

Mit großer Freude habe ich zur Kenntnis genommen, daß Sie meinen Vorschlag unterstützen, das Wohl der Einwohner als Ihr oberstes Ziel Ihrer Arbeit anzunehmen.

Ich hätte mir gewünscht, daß Sie das Wohl des Bürgers als Träger aller finanziellen Lasten als besonders wohlfördernd in Ihrer Arbeit betrachten, aber Sie haben sich entschieden, auch das Wohl der Gäste nochmal besonders zu würdigen, obwohl diese nicht die Lastenträger sind und unter besonderer Obhut, Versorgung und Stützung stehen.

In einem Bauernhof ist die Kuh das wichtigste Tier, weil sie jeden Tag gemolken wird und fast alle von ihr leben..

Der neue Stadtverordnete hat den neuen Verpflichtungstext in der letzten Sitzung gesprochen.

Was ich vermißt habe, daß alle anderen natürlich auch den neuen Verpflichtungstext anerkennen müssen und eine entsprechende Außenwirkung entstehen muß als sichtbares Zeichen für die Einwohner. Das ihr Wohl tatsächlich im Mittelpunkt Ihrer Arbeit steht.

Erlauben Sie mir, daß ich Sie zu diesem Thema auf eine sehr gefährliche Tendenz in Ihrer Stadt hinweise.

Vor einigen Jahren wurde die Cottbuser Verwaltung mit dem Handbuch zum Umgang mit Reichsbürgern geschult. Nach dieser Schulung war Recht und Gesetz für Einwohner, welche als Reichsbürger stigmatisiert wurden nicht mehr gültig. Die Anwendung des Handbuch steht bis heute über der Bearbeitung von Anträgen dieser Einwohner und der Anwendung von Recht und Gesetz gegenüber diesen Personen.

Ich bin eins der Opfer dieser jahrelangen Praxis in Cottbus. Mir wurde der Führerschein entzogen, alle meine Lizenzen entzogen, Gewerbe zwangsabgemeldet und Immobilien zwangsverkauft. Alles nach den Vorgaben im Handbuch, um den gesellschaftlichen Exodus der Person zu erzeugen.

Jetzt habe ich erfahren, daß es in Cottbus wieder eine Clique gibt, denen Recht und Gesetz zur Ahndung von Straftaten nicht ausreicht und in Cottbus wieder eine Art Selbstjustiz zur Beseitigung von Kritikern einführen wollen, unter dem Deckmantel des Handlungskonzept gegen Rechtsradikalismus.

Früher gab es Christentum gegen Germanen mit ihrer Naturreligion, später Christen gegen Islam, dann waren es Katholiken gegen Protestanten, vor kurzem noch Deutsche gegen Juden und heute heißt die Religion Rechts gegen Links, um sich gegenseitig die Köpfe einzuschlagen.

Die Frage wäre eher, wie soll unsere gemeinsame Zukunft aussehen und dazu müßten wir alle mit unseren unterschiedlichen persönlichen Meinungen an einem Tisch sitzen und beraten.

Das Beispiel zeigt, daß der Mensch sich nicht weiterentwickelt, sondern ein sprachbegabtes Tier bleibt. Jederzeit bereit der Propaganda und dem Gruppenzwang folgend, bereit seinen Nachbarn Schaden zuzufügen.

Durch eine Anfrage der Grünen bei den Stadtverordneten vom 25.5.2022, ist ans Licht gekommen, daß die Clique von Selbstjustizlern nicht der Ursprung des Handlungskonzept zur Ausgrenzung von anders Denkenden war. Sie wurden nur vorgeschoben, um der breiten Masse zu suggerieren, es gäbe besorgte Bürger, welche mit der Härte von Recht und Gesetz, gegenüber Straßlätern unzufrieden wären. In Wirklichkeit waren der OB Kelch und Ordnungsdezernent Bergner zu einem Gespräch im Innenministerium mit dem Staats und Verfassungsschutz 2020, mit dem Ziel der Umsetzung des Handlungskonzept gegen Kritiker.

Mit meiner Kritik möchte ich verhindern, daß es noch zu weiteren Opfern auf dem Altar der Linken Religion kommt. Denn die Stadtverwaltung steht schon in den Startlöchern und möchte mit dem Handlungskonzept als Richtlinie geschult werden, was ein weiteres Abdriften der Anwendung von Recht und Gesetz, ohne Ansehen der Person, bedeuten würde.

Eine Stadtverwaltung kommt es nicht zu zu richten und Menschen auszugrenzen auf Grund ihrer Weltanschauung und Herkunft. Sie hat eine Neutralitätspflicht und steht im Auftrag des Bürgers, dem Souverän, in einer echten Demokratie.

Aus diesem entscheidenden Grund zur Herstellung einer nicht gespaltenen Stadtgesellschaft in unterschiedliche Religionen, getrennt durch eine Brandmauer, welche sich bekämpfen, zum Schaden der Bürger, die alle Lasten tragen müssen, schlage ich vor, daß ab sofort auch alle Angestellten der Stadt, nachweislich den Verpflichtungseid zum Wohl der Einwohner von Cottbus zu leisten haben.

Nur so kann Willkür, Selbstjustiz, Schaden und Ausgrenzung von Einwohnern, welche Kritik üben ausgeschlossen werden. Der Steuer zahlende Bürger muß sicher sein, daß eine Verwaltung nicht dazu benutzt wird einen unsichtbaren Krieg gegen ihn und seine Interessen zu führen.

Mit freundlichem Gruß



lutz